

## **Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010, Einzelplan 8.1, Behörde für Inneres**

### **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:**

Das Wort bekommt Herr van Vormizeele.

### **Kai Voet van Vormizeele CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Vortrag des Kollegen Dressel müsste man eigentlich glauben, dass viele von uns heute Abend nur noch sehr ungern nach Hause gehen, weil die Sicherheitslage dieser Stadt so grauenhaft ist, dass sich kaum noch jemand hinausraut. Herr Dr. Dressel, Sie sind weit weg von der Realität und glücklicherweise ist es so, dass die Lage in Hamburg ganz anders aussieht. Deshalb möchte ich auch einmal, um ein bisschen zu demonstrieren, wie die Realität aussieht, insbesondere im Vergleich zwischen Ihnen und uns, mit zwei Zahlen anfangen.

Die erste Zahl: 318 528 Straftaten. Das war die letzte Bilanzzahl, die ein sozialdemokratischer Innensenator 2001 vorgelegt hat. 237 048 Straftaten ist die Bilanzzahl, die der Innensenator im letzten Jahr vorlegen konnte. Das sind 81 480 Straftaten weniger. Das sind auch 81 480 Schicksale von Menschen weniger, die durch Straftaten belastet worden sind. Und das sind auch 81 480 Menschen mehr, die in Sicherheit in dieser Stadt leben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das, liebe Kollegen der SPD, ist eine Erfolgsstory, von der Sie all die Jahre nur träumen konnten und auch weiterhin nur träumen werden, wahrscheinlich als Albtraum.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Die Situation der Inneren Sicherheit in dieser Stadt hat sich in den vergangenen Jahren unter der CDU-Regierung kontinuierlich verbessert. Hamburg ist nicht mehr Hauptstadt des Verbrechens, sondern rangiert glücklicherweise nur noch im Mittelfeld der Großstädte. Das ist auch die einzige Form von Mittelmaß, die wir bereit sind zu akzeptieren. In Hamburg ist ein Polizist nicht mehr eine Unperson des politischen Lebens, sondern Polizei ist wieder Garant für Sicherheit und Freiheit des Bürgers in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Verehrter Kollege Dressel, Sie mögen daran so viel herummäkeln, wie Sie wollen, 700 Mitarbeiter mehr bei der Hamburger Polizei sind eine Erfolgsgeschichte, von der Sie bisher nur träumen konnten. Die Ausstattung unserer Sicherheitskräfte ist nicht mehr Jahre zurück hinter dem, was Straftäter haben, sondern wir verfügen heute über eine moderne und bestausgerüstete Polizei, die den täglichen Anforderungen mehr als gerecht wird. Diesen erfolgreichen Kurs der letzten Jahre wird auch die neue schwarz-grüne Koalition fortsetzen.

Aber auch weiterhin steht im Mittelpunkt der Arbeit der Koalition die Sicherung des Rechtsstaats als wichtige Schutzfunktion vor allem und gerade für die Schwachen in dieser Gesellschaft. Auch weiterhin steht die Polizei dafür, dass die Grundrechte in dieser Stadt von jedem Bürger wahrgenommen werden können. Das gilt für jeden Demonstranten und genauso für jedes Opfer durch Krawalle. Natürlich – das sage ich auch ganz offen – ist Innenpolitik für eine schwarz-grüne Koalition eine ganz besondere Herausforderung. Jeder von uns hat als Akteur in den letzten Wochen und Monaten wahrnehmen dürfen, dass jedem Halbsatz und jeder noch so kleinen Bemerkung eine besondere mediale Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Aber weitestgehend unbeachtet ist dabei geblieben, dass diese Koalition in aller Ruhe und mit großer Sachlichkeit an der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung arbeitet und es auch weiterhin tun wird, und zwar ohne jede Aufregung, ganz sachlich und ganz erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Allein die Tatsache, dass heute eine Vielzahl von Haushaltsanträgen aus der Regierungskoalition vorliegt, zeigt, dass wir nicht nur Willens sind, dieses Bündnis auch in der Innenpolitik erfolgreich zu gestalten, sondern dass wir dies auch gemeinsam umsetzen werden. Die Erfolge der letzten Jahre dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vor immer neuen Herausforderungen stehen. Die Globalisierung und auch die moderne Informationsgesellschaft konfrontieren uns mit immer neueren und ausgefalleneren Arten der Kriminalität. Die Form und die Intensität von Gewalt verändern sich. Wir dürfen nicht dem Trugschluss unterliegen, dass Polizei die Versäumnisse in anderen Teilen der Gesellschaft alleine aufarbeiten kann. Die Polizei sieht sich ständig neuen Herausforderungen gegenüber und wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass diese Aufgaben auch in Zukunft angemessen bewältigt werden können.

Wir tun dies mit den Haushaltsanträgen der Koalition, die zum Beispiel 28 neue Stellen im Bereich des Objektschutzes schaffen. Diese Stellen führen zu einer unmittelbaren Entlastung der Polizeikommissariate. Hamburgs Polizei ist in den Stadtteilen so präsent wie niemals zuvor. Und wenn der Kollege Dressel jetzt behauptet, wir bräuchten weniger Beamte in Zentraleinheiten, dann verkennt er eines. Gerade die Zentralkommission, die wir neu geschaffen haben, nimmt viele Aufgaben wahr, die in der Fläche anfallen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie den Rechnungshofsbericht eigentlich einmal gelesen?)*

Das heißt, Sie haben überhaupt keine Ahnung von dem, was tagtäglich draußen passiert, Herr Dr. Dressel.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn Sie so gerne über den vermeintlichen Wasserkopf reden, dann führt gerade Ihr Haushaltsantrag, den Sie vorgelegt haben – wenn man den überhaupt so nennen darf –, dazu, dass wir eigentlich noch viel mehr Wasserkopf

bräuchten. Wenn man in einem einzigen Haushaltsantrag neun Evaluationen, Quartals-, Zwischen- oder Abschlussberichte verlangt, dann ist man keine Lösung, sondern höchstens Teil des Problems, Herr Dr. Dressel.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auch das sei Ihnen gesagt, verehrter Kollege: Berichte und Kleine Anfragen haben in dieser Stadt bisher noch keine einzige Straftat verhindert. Das tut die Polizei tagtäglich, und zwar sehr erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich glaube, wir sollten uns auch noch einmal einen kurzen Rückblick auf das erlauben, was eigentlich vorher gewesen ist, denn Sie haben uns vorgeworfen, wir bauten behände Stellen ab. Tatsache ist, dass wir bisher Stellen geschaffen haben, während der letzte SPD-Senat ganz kräftig in dem Bereich gearbeitet hat. Wir wollen uns kurz noch einmal etwas ins Gedächtnis rufen: In der Zeit von 1995 bis 2001 hat der letzte sozialdemokratische Innensenator 457 Polizeivollzugsstellen abgeschafft. Wir haben 700 neue geschaffen. Das ist der Unterschied, verehrte Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir werden aber auch die Aufgaben unserer Sicherheitskräfte einer ständigen Aufgabenkritik unterziehen müssen. Deshalb haben sich die Koalitionspartner zum Beispiel auf die Einführung von Antikonfliktteams bei Demonstrationen und anderen Großereignissen verständigt. Der Staat muss auch weiterhin Garant bleiben für eine umfassende öffentliche Sicherheit.

Der Staat muss aber auch die Frage stellen dürfen, ob zum Beispiel Wochenende für Wochenende Polizisten Überstunden machen müssen, damit Profifußballvereine, die einen Jahresumsatz von mehr als 130 Millionen Euro haben, Ligaspiele durchführen können. Er muss sich die Frage stellen dürfen, ob es eigentlich noch vertretbar ist, dass ein Polizeimeister mit A 7 Wochenende für Wochenende seinen Kopf im wahrsten Sinne des Wortes hinhält, damit dieser Profiverein einem gleichaltrigen Jungprofi eine Millionengage zahlen kann. Diese Frage werden wir in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam diskutieren müssen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!)*

Aber um es ganz klar und deutlich zu sagen, ich will nicht falsch verstanden werden. Die Polizei ist gerne weiterhin bereit, gewerblichen Großveranstaltern in dieser Stadt bei Sicherheitsfragen zu helfen und die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Aber ob dies zukünftig noch umsonst geschehen kann, will ich ganz offen und ganz deutlich infrage stellen.

Um auf das einzugehen, was eben von dem Kollegen Dr. Dressel eingeworfen wurde, auf seinen Deckungsvorschlag: Ich sage Ihnen ganz offen, wir sind in der Frage durchaus auf demselben Weg. Wer aber meint, ein solches Thema

mit einem Achtzeiler – mit einem unscharfen Auftrag an den Innensenator in der Innenministerkonferenz – abhandeln zu können und dabei sagt, er habe zwar keine Ahnung, was an Geld hereinkommt, aber das mache man einmal so eben, der hat sich aus der verantwortlichen Politik verabschiedet, Herr Dr. Dressel. Das wollen Sie eigentlich gar nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die öffentliche Sicherheit in dieser Stadt besteht nicht nur aus Polizei, sondern aus vielen Akteuren. Dazu gehört vor allem – und die ist komischerweise größtenteils ausgelassen worden von dem Kollegen Dressel – die Feuerwehr. Sowohl unsere Berufsfeuerwehr als auch die vielen Freiwilligen Wehren leisten jeden Tag eine tolle Arbeit für die Bürger dieser Stadt. Das kann man nicht häufig genug sagen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Darin werden wir sie als Regierungskoalition weiterhin tatkräftig unterstützen. Wir tun es im Besonderen, indem wir den strukturellen Personalproblemen bei der Berufsfeuerwehr entgegenwirken, indem wir in den nächsten zwei Jahren 40 neue Stellen schaffen werden.

Aber auch dabei ist der Blick zurück nicht ganz daneben. In den Jahren 1995 bis 2001 hat der SPD-Senat insgesamt 186 Stellen bei der Hamburger Berufsfeuerwehr abgebaut. Wenn wir diese Stellen heute noch hätten, verehrter Herr Kollege, bräuchten Sie keine Krokodilstränen mehr zu weinen. Sie haben die heutigen Strukturdefizite verursacht, wir beseitigen sie.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber auch die Freiwilligen Feuerwehren werden wir in den nächsten Jahren verstärkt unterstützen, indem wir ihnen 3 Millionen Euro zusätzlich für die Ersatzbeschaffung von Katastrophenschutzfahrzeugen zur Verfügung stellen.

Zu den besonderen Herausforderungen der Innenpolitik wird auch in den nächsten Jahren der nationale und internationale Extremismus gehören. Die schwarz-grüne Koalition wird den daraus resultierenden Anforderungen gerecht werden, indem sie zwei neue Stellen für das Landesamt für Verfassungsschutz ausweist. Insbesondere im Bereich des Rechtsextremismus müssen auf hohem Niveau weiterhin verfassungsfeindliche Strömungen beobachtet werden. Aber hierbei reichen, verehrter Kollege Dressel, keine Sonntagsreden aus, dass Nazis unerwünscht seien.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir haben einen Antrag vorgelegt!)

Man muss handeln und wir haben gehandelt, indem wir zwei neue Stellen geschaffen haben, Sie nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn wir über Handeln reden, dann wollen wir auch einmal über den Weg einiger sozialdemokratischer Innenminister reden, die sich in der letzten Woche aus der Beobachtung der NPD verabschiedet haben. Auch hierzu muss man deutlich sagen: Es bedarf keiner sozialdemokratischer Sonntagsanträge, es bedarf eines konkreten Bekenntnisses zur Verantwortung und dieses Bekenntnis ist die SPD wieder einmal schuldig geblieben.

Die wehrhafte Demokratie darf Verfassungsfeinde nicht ungehindert wirken lassen. Der Hamburger Senat wird sich mit Sicherheit weder von Herrn Rieger noch von seinen anderen Konsorten auf der Nase herumtanzen lassen. Deshalb werden wir beim Verfassungsschutz weitere Stellen schaffen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann können Sie unserem Antrag zustimmen!)*

Die schwarz-grüne Koalition ist sich ihrer Verantwortung für Sicherheit und Freiheit der Menschen in dieser Stadt durchaus bewusst. Wir werden die Erfolgsgeschichte nicht verlassen, wir werden sie stetig fortsetzen. Es mag sein, dass CDU und Grüne nicht immer der gleichen Meinung sein werden, aber wir sind uns unserer gemeinsamen Verantwortung, die wir in diesem Bereich haben, durchaus bewusst. Wir werden uns gerne intern manchmal auseinandersetzen, aber wir werden auch gemeinsam gute und beste Wege finden, Probleme zu lösen, denn im Gegensatz zu Ihnen sind wir bereit, für die Menschen in dieser Stadt Verantwortung zu übernehmen. Wir haben Lösungen, Sie haben keine Lösungen. Sie sind bei den Wegen von gestern und vorgestern, wir sind die Zukunft.

*(Beifall bei der CDU und der GAL)*